

Kanzlei – Info 09/2002

Rechtsanwalt Hans Jürgen Kotz

Fachanwalt für Arbeitsrecht

Siegener Straße 104 ~ 57223 Kreuztal

Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078

Homepage: <http://www.ra-kotz.de> ~ E-Mail: info@ra-kotz.de

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az. : I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

Verfasser: Christian Kotz, Ref. iur., Doktorand der Rechtswissenschaften

In diesem Monat erläutere ich Ihnen:

- Rechnung ohne genaues Zahlungsziel – Wann ist diese fällig? Wann tritt Verzug ein? (auf Seite 1 ff.)
- Deaktivierungsgebühren bei Mobilfunkverträgen trotz BGH-Urteil? (auf Seite 4)
- Aus der Politik: Frontschutzbügel (Kuhfänger) an Geländewagen sollen verboten werden! (auf Seite 4)
- Aus der Politik: Sachbezugswerte für das Jahr 2003 (auf Seite 5)
- Interessante Urteile – kurz notiert (auf Seite 5 ff.)

Rechnung ohne genaues Zahlungsziel – Wann ist diese fällig? Wann tritt Verzug ein?

I. Einführung - Vorwort:

1. Der Zeitpunkt, wann eine Rechnung zu bezahlen ist (nennt man juristisch „Leistungszeitpunkt“) unterliegt - in der Regel - der freien Vereinbarung der Vertragsparteien. Hat die eine Vertragspartei (hier „Rechnungsgläubiger“) ihre Vertragsleistung (z.B. Lieferung von Waren, Erbringung von Dienstleistungen) ordnungsgemäß erbracht, so kann sie von der anderen Vertragspartei (hier „Rechnungsschuldner“) die Bezahlung der Rechnung so schnell, wie sie der Rechnungsschuldner erbringen kann, verlangen. Diese – sofortige – Leistungspflicht des Rechnungsschuldners gegenüber dem Rechnungsgläubiger nennt man **Fälligkeit** der Rechnung.

Zahlungs-Verzug liegt in der Regel vor, wenn der Rechnungsschuldner nach Fälligkeit der Rechnungsforderung zu spät oder gar nicht leistet (z.B. einfach nicht bezahlt).

Der Rechnungsschuldner kommt jedoch nicht in Verzug, wenn er den Verzug nicht zu vertreten hat oder er ein sog. Leistungsverweigerungsrecht (z.B. „Zurückbehaltungsrecht“) hat (z.B. wenn die gelieferte Ware mangelhaft, zerstört, beschädigt, unbrauchbar, nicht bestellt etc. war).

Nach § 286 Abs. 1 S. 1 BGB n.F. kommt der Rechnungsschuldner bei Nichtzahlung nur dann in Verzug, wenn der Gläubiger ihn nach Fälligkeit der Forderung mahnt (oder nach S. 2 ihn auf Leistung verklagt bzw. einen Mahnbescheid gegen ihn erwirkt).

2. In § 286 Abs. 2 Nr. 1-4 BGB n.F. sind die Ausnahmen von einer „Mahnungspflicht“ des Rechnungsgläubigers normiert. Der Rechnungsschuldner kommt hier ohne Mahnung, Klage oder Mahnbescheid in Verzug.

a. Die wichtigste Ausnahme stellt § 286 Abs. 2 Nr. 1 BGB n.F. dar, hiernach bedarf es einer Mahnung nicht, wenn für die Leistung (hier Zahlung des Rechnungsbetrags) eine Zeit nach dem Kalender bestimmt

ist (z.B. „Die Rechnungssumme ist fällig mit Zugang dieser Rechnung“, „Zahlbar innerhalb von 14 Tagen nach Zugang dieser Rechnung“). Der Rechnungsschuldner kommt nach Ablauf der gesetzten „Leistungszeit“ ohne Mahnung in Verzug. Der Verzug beginnt hier mit Ablauf des Tages, an dem die Leistung spätestens zu erbringen war.

b. Nach § 286 Abs. 2 Nr. 2 BGB n.F. reicht es auch, wenn eine „generelle“ Berechenbarkeit des Leistungszeitpunkts nach dem Kalender gegeben ist.

c. In den Fällen des § 286 Abs. 2 Nr. 3 BGB n.F. bedarf es einer Mahnung nicht, wenn der Rechnungsschuldner die Leistung ernsthaft und endgültig verweigert (z.B. *Rechnungsschuldner sagt: Ich zahle nicht!*).

d. § 286 Abs. 2 Nr. 4 BGB n.F. sieht vor, dass aus besonderen Gründen unter Abwägung der beiderseitigen Interessen der sofortige Eintritt des (Zahlungs-)Verzugs gerechtfertigt ist (*Anmerkung: Hierbei handelt es sich um eine Ausnahmegesetz, die eine Anwendung von Treu und Glauben nach § 242 BGB ersetzt*).

3. Der Verzug beginnt mit dem Zugang der Mahnung (§ 286 Abs. 1 BGB n.F.) und bei kalendermäßiger festgelegter oder berechenbarer Leistungszeit (§ 286 Abs. 2 Nr. 1-2 BGB n.F.) mit Ablauf des Tages, an dem die Leistung (*spätestens*) zu erbringen war.

II. § 286 Abs. 3 BGB n.F. – Verzug 30 Tage nach Rechnungszugang:

1. Enthält die Rechnung bzw. Forderungsaufstellung nun keine kalendermäßig festgesetzte bzw. berechenbare Leistungszeit etc. nach § 286 Abs. 2 Nr. 1-4 BGB n.F., so ist § 286 Abs. 3 BGB n.F. für den Verzug des Rechnungsschuldners einschlägig.

2. Die neue Regelung des § 286 Abs. 3 BGB n.F. nach dem Schuldrechtsmodernisierungsgesetz zum 01.01.2002 ersetzt die alte allgemein für verfehlt angesehene Regelung des § 284 Abs. 3 BGB a.F., nach der ein Schuldner einer Geldforderung grundsätzlich erst 30 Tage nach Zugang der Rechnung in Verzug kam. Die neue Regelung des § 286 Abs. 3 BGB n.F. ist jetzt nur ein weiterer den Verzug begründender Tatbestand, neben der Mahnung und den Regelungen des § 286 Abs. 2 Nr. 1-4 BGB.

3. Der Schuldner einer Entgeltforderung (*hierunter fallen nur Entgeltzahlungen für die Lieferung von Waren und Gütern oder die Entgeltforderung für die Erbringung von Dienstleistungen, nicht Dauerschuldverhältnisse wie Miete oder Darlehen!*) kommt gemäß § 286 Abs. 3 BGB n.F. 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang einer Rechnung oder einer gleichwertigen Zahlungsaufstellung in Verzug. Dies gilt gegenüber einem Verbraucher nur, wenn er auf diese Folgen in der Rechnung oder Zahlungsaufstellung besonders hingewiesen worden ist (Verbraucher ist gem. § 13 BGB *jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu einem Zweck abschließt, der weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann*). **Hier liegt das Problem, auf welches ich Sie hinweisen möchte!** Der Rechnungsgläubiger muss neben dem Zugang der Rechnung auch beweisen, dass sie diesen notwendigen Hinweis enthielt!

Ein Unternehmer muss im Gegensatz zum Verbraucher auf den Verzug nicht ausdrücklich hingewiesen werden (*Unternehmer ist gem. § 14 BGB jede natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige*

Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt).

(**Rechnung:** Unter Rechnung ist eine gegliederte Aufstellung über eine Entgeltforderung für eine Warenlieferung oder eine sonstige Leistung/Dienstleistung zu verstehen. Sie muss schriftlich erfolgen, da sie dem Empfänger eine Überprüfung ermöglichen soll.)

4. Wollen (oder können) Sie als Rechnungsgläubiger keinen festen Zahlungstermin in Ihre Rechnung aufnehmen, so sollten Sie folgenden „Hinweis“ in ihre Rechnungen/Forderungsaufstellungen aufnehmen, um den Anforderungen des § 286 Abs. 3 BGB n.F. zu entsprechen:

„Die Rechnungssumme ist fällig mit Zugang dieser Rechnung/Forderungsaufstellung.

Ich weise Sie ausdrücklich darauf hin, dass Sie gemäß § 286 Abs. 3 BGB ohne weitere Mahnung in Verzug geraten, wenn Sie diese Rechnung nicht binnen 30 Tagen ausgleichen. Die Verzugszinsen belaufen sich bei einem Verbraucher auf 5 % Zinsen und bei einem Unternehmer auf 8 % Zinsen über dem jeweiligen Basiszinssatz.“

5. Dies bedeutet für Sie als Verbraucher (= Rechnungsschuldner), wenn Sie eine Rechnung erhalten, die keinen genauen Fälligkeitstermin aufweist, dass Sie **erst nach einer Mahnung durch den Rechnungsgläubiger in Verzug geraten**.

6. Generell begründet der Verzug einen Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens/Verzugsschaden den der Rechnungsgläubiger durch den Verzug des Rechnungsschuldners erleidet. Unter den Verzugsschaden des Rechnungsgläubigers fallen bei Geldschulden unter anderem die Zinsen. Eine Geldschuld ist gem. § 288 Abs. 1 BGB n. F. während des Verzugs zu verzinsen. Der Rechnungsgläubiger kann so „pauschal“ die gesetzlichen Verzugszinsen als Verzugsschaden geltend machen.

a. Bei einem Verbraucher beträgt der Verzugszins nach § 288 Abs. 1 S. 2 BGB n.F. für das Jahr 5 Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz. Bei einem Unternehmer gem. § 288 Abs. 2 BGB n.F. 8 Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz. Gem. § 288 Abs. 3 BGB n.F. kann der Rechnungsgläubiger aus einem anderen Grund auch höhere Zinsen geltend machen (wenn er z.B. mit Bankkredit arbeitet) oder weitere Schäden (nach § 288 Abs. 4 BGB n.F.) geltend machen.

b. Gem. § 247 Abs. 1 BGB n.F. wird der Basiszinssatz jeweils zum 01.01. und 01.07. eines Jahres angepaßt. Die Änderungen gibt die Deutsche Bundesbank gem. § 247 Abs. 2 BGB n.F. bekannt, diese können unter <http://www.bundesbank.de> abgerufen werden. Für das Jahr 2002 ergeben sich somit folgende gesetzliche Verzugszinssätze:

<u>Zeitraum:</u>	<u>Basiszinssatz</u> (gem. § 247 BGB n.F.)	<u>Verzugszinssatz</u> Verbraucher – 5 % (gem. § 288 Abs. 1 BGB n.F.)	<u>Verzugszinssatz</u> Unternehmer – 8 % (gem. § 288 Abs. 2 BGB n.F.)
01.01.-30.06.2002	2,57 %	7,57 %	10,57 %
01.07.-31.12.2002	2,47 %	7,47 %	10,47 %

Deaktivierungsgebühren für Mobilfunkverträge trotz BGH-Urteil?**I. Einführung:**

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs (= BGH) vom 25.04.2002 - Az.: III ZR 199/01 (vgl. Sie das Urteil des BGH auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/deaktivierungsgebuehr1.htm>) dürfen Mobilfunkfirmen keine „Deaktivierungsgebühr“ bei der Auflösung eines Mobilfunkvertrages von ihren Kunden verlangen.

In dem Prozess hatte der Bundesverband der Verbraucherschutzzentralen gegen die Fa. T geklagt. Diese verlangte von ihren Kunden für die „Stilllegung“ des Mobilfunkanschlusses eine „Deaktivierungsgebühr“ von 33,93 DM bzw. 17,35 Euro. Deaktivierungsgebühren sind nach Ansicht des BGH unzulässig, da die Auflösung von Verträgen im heutigen Wirtschaftsleben „*absolut normal*“ ist. Die anfallenden Verwaltungskosten dürfen deshalb nicht auf den Kunden übertragen werden. Nun verlangt die Fa. T nach einer Änderung ihrer Vertragsbedingungen weiterhin die besagten Deaktivierungsgebühren. Zu recht?

II. Generell gelten nach dem Urteil des BGH folgende Grundsätze zur Deaktivierungsgebühr:

1. Die Deaktivierung eines Mobilfunkanschlusses nach Vertragsende gehört zu den gesetzlichen Pflichten der jeweiligen Mobilfunkfirma. Hierfür kann die jeweilige Mobilfunkfirma nach dem oben genannten Urteil des BGH **keine** Gebühren verlangen, da sie zur Deaktivierung des jeweiligen Mobilfunkanschlusses gesetzlich verpflichtet ist. Ein Anspruch für den Ersatz der sog. „Deaktivierungsgebühr“ kann ferner nur bestehen, wenn es diesbezüglich eine gesetzliche Regelung bzw. Grundlage gäbe. An einer solchen fehlt es jedoch! Kosten, die dem Unternehmen sowieso durch seine Geschäftstätigkeit entstehen, dürfen daher nicht auf die Kunden abgewälzt werden, *indem gesetzlich auferlegte Pflichten in Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu individuellen Dienstleistungen gegenüber Vertragspartnern erklärt werden!* Solche Klauseln verstoßen mithin in jedem Fall zumindestens gegen den Grundsatz von „Treu und Glauben“ (aus § 242 BGB), da sie eine unangemessene Benachteiligung des Kunden darstellen. Die „Deaktivierungsgebührenklausel“ in den Mobilverträgen ist folglich **nichtig** und wurde **nicht** Vertragsbestandteil.

Der jeweilige Kunde bzw. Ex-Kunde braucht diese mithin nicht zu zahlen.

2. Die Fa. T verlangt von ihren Kunden daher nach der Rechtsauffassung des Verfassers die Deaktivierungsgebühren zu Unrecht. Möchten Sie sich intensiver mit der Problematik beschäftigen oder sich darüber informieren wie Sie vorgehen, falls Ihnen Ihr Mobilfunkanbieter die Deaktivierungsgebühr schon von Ihrem Konto abgebucht hat, dann vgl. Sie hierzu die ausführliche Darstellung der Problematik auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/Deaktivierungsgebuehr2.htm>

Aus der Politik:**I. Frontschutzbügel an Geländewagen sollen verboten werden!**

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen will ein Verbot von starren Frontschutzbügeln (sog. *Kuhfänger*) aus Metall an Geländewagen erreichen. Hierfür soll die Straßenverkehrs-

Zulassungs-Ordnung geändert werden. 60 % der 1,4 Millionen Geländewagen in Deutschland sind nach Angaben des Verkehrsministeriums mit Kuhfängern ausgerüstet. Gerade bei Kindern stellen diese durch die Erhöhung und Versteifung der Aufprallfläche in Kopfhöhe ein lebensgefährliches Risiko dar. So wird die für Kinder oftmals tödliche Unfallwucht, die beim normalen Pkw bei 40 km/h liegt, bei einem Geländewagen mit starrem Frontschutzbügel bereits bei 20 km/h erreicht.

II. Sachbezugswerte für Jahr 2003:

Das Bundeskabinett hat die Sachbezugsverordnung für das Jahr 2003 beschlossen. Die Verordnung bedarf jedoch noch der Zustimmung des Bundesrates. Die Sachbezugsverordnung bestimmt den Wert der Sachbezüge für Unterkunft und Verpflegung, die Arbeitnehmer als Teil ihres Arbeitsentgeltes erhalten. Der monatliche Wert der Sachbezüge für Verpflegung und Unterkunft wird für 2003 in den alten Bundesländern um 1,67 % und in den neuen Bundesländern um 2,58 % erhöht. Damit beträgt der Sachbezugswert in den alten Bundesländern 385,60 Euro und in den neuen Bundesländern 365,80 Euro. Der Wert für Verpflegung wird um 3,20 Euro auf 195,80 Euro erhöht. Aufgeschlüsselt sind das monatlich, für Frühstück 42,80 Euro (in 2002: 42,10 Euro) und für Mittag- und Abendessen jeweils 76,50 Euro (in 2002: 75,25 Euro). Der Wert für Unterkunft steigt in den alten Bundesländern um 3,15 Euro auf 189,80 Euro und in den neuen Bundesländern um 6 Euro auf 170,00 Euro.

Interessante Urteile – Kurz notiert!

I. Falsche Nebenverdienstbescheinigungen vom Arbeitgeber ausgestellt – dieser haftet! Sozialgericht Dortmund - Az.: S 27 AL 39/01 - Urteil vom 18.07.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Stellt ein Arbeitgeber unrichtige Verdienstbescheinigungen mit einer geringen Stundenzahl aus, sodass der betreffende Arbeitnehmer weiterhin Arbeitslosengeld empfangen kann, macht er sich gegenüber dem Arbeitsamt schadenersatzpflichtig.

Sachverhalt: Ein Arbeitgeber hatte 4 Jahre lang einem Arbeitnehmer Nebenverdienstbescheinigungen ausgestellt, obwohl dieser vollschichtig arbeitete. Der Mitarbeiter nutzte die Bescheinigungen, um weiter Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe zu beziehen. Auf einen anonymen Hinweis hin flog der Betrug auf und der Mann wurde strafrechtlich belangt. Weil der Arbeitnehmer den Schaden in voller Höhe nicht ersetzen konnte, hielt sich das Arbeitsamt an den Arbeitgeber und forderte von diesem 28.586,34 € zurück.

Entscheidungsgründe: Das Sozialgericht Dortmund gab dem Arbeitsamt recht. Nach Ansicht des Sozialgerichts haftet der Arbeitgeber bereits für fahrlässig falsch oder unvollständig ausgefüllte Nebenverdienstbescheinigungen. Der Arbeitgeber kann das Arbeitsamt nach Ansicht des Gerichts auch nicht auf langwierige Vollstreckungsversuche beim begünstigten Arbeitnehmer verweisen, weil damit eventuelle Ansprüche gegen den Arbeitgeber als Aussteller der Bescheinigungen verjähren würden.

Der Arbeitgeber kann jedoch im Verhältnis zum ehemaligen Arbeitnehmer Regressansprüche geltend machen.

II. Ansprüche auf Änderung des Arbeitszeugnisses verwirken nach 5 bis 10 Monaten!
Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz - Az:1 Sa 1433/01

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Der Anspruch auf Berichtigung eines Arbeitszeugnisses verjährt in einen Zeitraum von maximal 5 bis 10 Monaten.

Sachverhalt: Der Kläger wollte mit seiner Klage erreichen, dass ihm in seinem Zeugnis bescheinigt wird, dass er „jederzeit zu unserer vollsten Zufriedenheit“ gearbeitet habe (*Anmerkung: Dies entspricht Note 1*). Der Arbeitgeber hatte nur „zu unserer vollen Zufriedenheit“ (*Anmerkung: Dies entspricht Note 3*) geschrieben. Der Kläger machte seinen Anspruch auf Zeugnisberichtigung allerdings erst 4 Jahre nach der Erteilung des Arbeitszeugnisses geltend.

Entscheidungsgründe: Das LAG wies die Klage jedoch ab. Nach Ansicht der Richter hat der Arbeitgeber nach so langer Zeit in jedem Fall davon ausgehen können, dass der Kläger das Zeugnis akzeptiert hat. Arbeitszeugnisse erfüllen ihre Funktion nur dann, wenn sie zeitnah nach dem Ausscheiden des Mitarbeiters erstellt werden. Eine Zeugnisberichtigung muss daher unverzüglich geltend gemacht werden. Als maximaler Zeitraum kommt nach Ansicht des LAG hier 5 bis 10 Monate in Betracht.

(Anmerkung: Wann ein solcher Zeugnisberichtigungsanspruch verwirkt ist, ist in der Praxis sehr umstritten!)

III. Darlegungslast des Arbeitgebers bei betriebsbedingter Kündigung wegen Rationalisierung:
LAG Düsseldorf - Az. 13 (14) Sa 997/01 – Urteil 11.10.2001

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Trifft ein Arbeitgeber die „unternehmerische Entscheidung“, mit einer geringeren Zahl von Arbeitnehmern die verbleibende Arbeit durchzuführen, muss er im Einzelnen genau darlegen, welche organisatorischen und technischen Maßnahmen er hierzu getroffen hat, um den Wegfall der Beschäftigungsmöglichkeit als „dringend erforderlich“ nachprüfbar zu machen. Der Anlass der Kündigung unterliegt dabei einer „Nachvollziehbarkeitskontrolle“ durch das Gericht.

Sachverhalt: Die Arbeitnehmerin stritt mit dem Arbeitgeber um die Rechtswirksamkeit einer Änderungskündigung, die sie unter Vorbehalt angenommen hatte. Der Arbeitnehmerin wurde betriebsbedingt gekündigt und es wurde ihr gleichzeitig im Rahmen der Änderungskündigung eine Stelle auf Teilzeitbasis angeboten. Das Gehalt der neuen Stelle sollte nur noch 50 % der früheren Stelle betragen.

Entscheidungsgründe: Das LAG Düsseldorf gab der klagenden Arbeitnehmerin recht. Nach Ansicht des Gerichts hatte die Arbeitgeberin nicht nachvollziehbar erklären können, dass die Änderungskündigung sozial gerechtfertigt war. Allein den Entschluss zu fassen, Mitarbeiter zu kündigen, reicht im Rahmen der vom Gericht durchzuführenden „Nachvollziehbarkeitskontrolle“ nicht aus.

IV. Eine Versicherung muss bei Unfall mit „frisiertem“ Motorrad nicht zahlen!
OLG Nürnberg - Az. 8 U 3687/01- Urteil vom 25.07.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Wer mit einem „frisiertem“ Motorrad einen Unfall verursacht, muss in der Regel für den Schaden selbst aufkommen!

Sachverhalt: Die Versicherung hatte sich geweigert, nach einem Unfall des Klägers mit seinem „frisiertem“ Leichtkraftrad für den Schaden aufzukommen. Gleichzeitig hatte sie den Versicherungsvertrag fristlos gekündigt.

Entscheidungsgründe: Das OLG Nürnberg wies die Klage gegen die Haftpflichtversicherung ab. Der Kläger hatte nach Einschätzung des Gerichts den Motor seines Leichtkraftrades so verändert, dass er statt der vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h mindestens 115 km/h fahren konnte. Der Kläger war jedoch nur in Besitz eines Führerscheins, der ihn zum Fahren „von Kraftfahrzeugen bis zu einer Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h“ berechnigte.

Ferner war das Gericht der Auffassung, dass der Unfall nur dadurch zu Stande gekommen ist, dass der Kläger mit seinem Leichtkraftrad deutlich schneller als 80 km/h fahren konnte. Hierdurch hat er mit seinem Leichtkraftrad waghalsige Überholmanöver getätigt, die zum Unfall führten.

Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/leichtkraftrad.htm>

V. Private Alkoholfahrt kann zur Kündigung und zur 12-Wochen-Sperrfrist des ALG führen! Landessozialgericht Rheinland-Pfalz - Az.: L 1 AL 134/01- Urteil vom 26.08.2002
--

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Wer beruflich auf seinen Führerschein angewiesen ist, verstößt gegen seine Pflichten aus dem Arbeitsvertrag, wenn er seinen Führerschein aufgrund einer Alkoholfahrt verliert. Es kommt hierbei nicht darauf an, ob der Führerschein anlässlich einer *privaten* oder einer *beruflich* bedingten Alkoholfahrt entzogen wird.

Sachverhalt: Ein Außendienstmitarbeiter verursachte bei einer privaten Autofahrt mit einer Blutalkoholkonzentration von fast 1,5 Promille einen Verkehrsunfall. Der Kläger wurde daraufhin zu einer Geldstrafe verurteilt und ihm wurde die Fahrerlaubnis für 5 Monate entzogen. Aufgrund dieser Tatsache wurde ihm von seinem Arbeitgeber gekündigt. Als er Arbeitslosengeld beantragte, verhängte das Arbeitsamt eine 12-wöchige Sperrzeit.

Entscheidungsgründe: Das LSG bestätigte die vom Arbeitsamt verhängte Sperrzeit. Nach Ansicht der Richter kann einem Arbeitnehmer der als Kraftfahrer oder in einer vergleichbaren Position arbeitet, gekündigt werden, wenn er seinen Führerschein verliert. Es spielt dabei keine Rolle, ob der Anlass hierfür ein Fehlverhalten auf einer beruflich bedingten oder einer Privatfahrt gewesen ist. Auch eine besondere Härte, hat im vorliegenden Fall nach Ansicht der Richter nicht vorgelegen, die eine Verkürzung der Sperrzeit rechtfertigte. Der Arbeitnehmer hat die Konsequenzen seiner Alkoholfahrt zu tragen.

VI. Viagra als Kassenleistung! Sozialgericht Dortmund - Az.: S 24 KN 81/01 KR - Urteil vom 26.07.2002
--

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Krankenkassen müssen ihren Versicherten zur Behandlung einer Erektionsschwäche das Arzneimittel Viagra als Sachleistung gewähren.

Sachverhalt: Einem Versicherten war ärztlich bescheinigt worden, dass er als Folge einer Diabetes-Erkrankung seit über zwei Jahren an einer Erektionsschwäche leide. Die Krankenkasse lehnte die Kostenübernahme für Viagra ab, weil dieses Medikament der Anreizung und Steigerung der sexuellen Potenz diene. Derartige Mittel seien nach den Arzneimittel-Richtlinien von der Verordnung ausgeschlossen.

Entscheidungsgründe: Das Sozialgericht Dortmund gab der Klage des Versicherten gegen die Krankenkasse statt. Der Versicherte hat nach Ansicht der Richter einen gesetzlichen Anspruch auf die Versorgung

mit apothekenpflichtigen Arzneimitteln. Der Ausschluss von Mitteln zur Behandlung der „erektiven Dysfunktion“ in den Arzneimittelrichtlinien ist nach Ansicht der Richter auf Grund des Verstoßes gegen übergeordnetes Gesetzesrecht unwirksam. Der Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen darf nach Ansicht des SG Dortmund in seinen Richtlinien nicht generell Krankheiten von der vertragsärztlichen Behandlung ausschließen. Ein nach dem Sozialgesetzbuch bestehender Krankenbehandlungsanspruch kann nur durch den Gesetzgeber zurückgenommen werden.

VII. Autoersatzschlüssel im verschlossenen Handschuhfach ist nicht grob fahrlässig!
OLG Koblenz - Az.: 2 U 1513/01 – Urteil vom 28.08.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Einen Ersatzschlüssel im abgeschlossenen Handschuhfach seines Fahrzeuges aufzubewahren stellt kein grob fahrlässiges Verhalten im Sinne des Versicherungsrechts dar.

Sachverhalt: Ein Mieter eines Wohnmobils hatte den Ersatzschlüssel im Handschuhfach des Fahrzeugs aufbewahrt. Das Fahrzeug war aufgebrochen und dann mit diesem Ersatzschlüssel entwendet worden. Die Kaskoversicherung zahlte zwar dem Eigentümer des Wohnmobils den Wert des gestohlenen Fahrzeugs, verlangte aber von dem Mieter die Erstattung der Schadenssumme.

Entscheidungsgründe: Das Oberlandesgericht Koblenz wies die Klage jedoch ab. Begründet wurde dies damit, dass ein Dieb ein Handschuhfach in der Regel ohne große Probleme aufbrechen kann, er hierfür jedoch „Energie und Zeit“ aufwenden muss. Daher ist es nicht als grob fahrlässig zu bewerten, wenn man einen Autoersatzschlüssel im abgeschlossenen Handschuhfach deponiert.

VIII. Aussage nach unterlassener Belehrung im Strafverfahren nicht verwertbar!
LG Koblenz - Az.: 1 Qs 82/02 – Beschluss vom 02.05.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Angaben eines Autofahrers nach einer Verkehrsunfallflucht sind vor Gericht nur dann verwertbar, wenn er zuvor darüber belehrt worden ist, dass er als Beschuldigter vernommen werden soll.

Sachverhalt: Die Polizei vermutete, dass der Angeklagte einen Unfall mit einem Sachschaden in Höhe von 8.000 DM verursacht und Fahrerflucht begangen hatte. Der Angeklagte wurde von zwei Polizisten an seiner Arbeitsstelle vernommen und gab die Verkehrsunfallflucht zu. Die Polizisten hatten bei der Vernehmung allerdings versäumt, ihn darauf hinzuweisen, dass er als Beschuldigter vernommen wurde. *Ein Beschuldigter hat jedoch ein Aussageverweigerungsrecht und auf dieses ist er ausdrücklich hinzuweisen!* Gegen den Angeklagten war daraufhin ein Strafbefehl ergangen, in dem ihm unter anderem die Fahrerlaubnis entzogen und für die Wiedererteilung eine Sperrfrist von 9 Monaten angeordnet wurde. Nachdem der Angeklagte belehrt worden war, wollte er keinerlei Angaben mehr zur Sache machen.

Entscheidungsgründe: Das LG Koblenz erklärte den Inhalt der erfolgten Vernehmung für nicht verwertbar. Eine Beschuldigten-Belehrung wäre im vorliegenden Fall notwendig gewesen, da die ermittelnden Beamten zum Zeitpunkt ihres Eintreffens am Arbeitsplatz bereits deutliche Hinweise auf eine Täterschaft des Angeklagten hatten. Aufgrund der nicht erfolgten Belehrung sind nicht nur die Angaben des

Angeklagten unverwertbar, sondern auch die Angaben der Polizisten. Ohne diese Angaben ist es jedoch nach Ansicht der Richter zweifelhaft, ob der Angeklagte zum Unfallzeitpunkt Führer des Fahrzeugs war. Damit lagen die Gründe für einen Entzug der Fahrerlaubnis nicht mehr vor und der Strafbefehl musste aufgehoben werden.

IX. Keine fristlose Kündigung bei Verstoß gegen die Attestpflicht bei Krankheit!
Landesarbeitsgericht (= LAG) Hessen - Az.: 16/9 Sa 1876/01- Urteil vom 05.08.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Auch mehrere Verstöße gegen die Attestpflicht bei Krankheit rechtfertigen nicht automatisch die fristlose Kündigung eines Arbeitnehmers.

Sachverhalt: Der rund 20 Jahre lang bei dem Unternehmen beschäftigte Arbeitnehmer war längere Zeit krank geschrieben. Nachdem er zunächst regelmäßig ärztliche Atteste eingereicht hatte, gab er nach einigen Monaten trotz wiederholter Aufforderung keine ärztlichen Atteste mehr ab. Seine Handlungsweise begründete er damit, dass die Firma auch keine Lohnfortzahlung mehr leisten müsse. Trotz seiner langen Betriebszugehörigkeit wurde ihm daraufhin fristlos gekündigt.

Entscheidungsgründe: Das Landesarbeitsgericht erklärte die außerordentliche Kündigung für unwirksam, die hilfsweise ausgesprochene ordentliche Kündigung erklärte es jedoch für zulässig. Bei der Attestpflicht handelt es sich lediglich nur um eine „Nebenpflicht“ des Arbeitnehmers aus dem Arbeitsverhältnis.

X. Eigenmächtiger Urlaub mit Kindern ohne strafrechtliche Folgen!
OLG Karlsruhe - Az: 1 Ws 240/02 - Beschluss vom 21.08.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Ein Vater der mit seinen Kindern in den Urlaub fährt, ohne die Genehmigung der Mutter einzuholen, macht sich nicht nach § 235 StGB (= *Entziehung Minderjähriger*) strafbar.

Sachverhalt: Beide Elternteile hatten nach der Scheidung das gemeinsame Sorgerecht über die minderjährigen Kinder. Mitte Mai 2002 holte der Vater die Kinder bei der Mutter ab und brachte sie jedoch nicht wie vereinbart am Folgetag zurück, sondern flog mit ihnen nach Spanien in Urlaub.

Entscheidungsgründe: Nach Auffassung des OLG Karlsruhe hat sich der Vater nicht wegen Entziehung Minderjähriger nach § 235 StGB strafbar gemacht. Zwar gilt § 235 StGB grundsätzlich auch im Verhältnis des einen zum anderen Elternteil, so dass eine räumliche Trennung von gewisser Dauer, durch welche das Personensorgerecht wesentlich beeinträchtigt wird, als ein „Entziehen“ im Sinne des § 235 StGB gewertet werden kann. Eingeschränkt ist der Anwendungsbereich der Norm nach Ansicht der Richter aber dann, wenn beiden Eltern das Recht zur Aufenthaltsbestimmung gleichberechtigt zusteht. In einem solchen Falle fehlt es bis zu einer anders lautenden Entscheidung des Familiengerichts über das Sorgerecht an einem widerrechtlichen Vorenthalten der Kinder.

XI. Mietminderung bei falscher Wohnflächenangabe!
OLG Karlsruhe - Az. 17 U 176/00 - Urteil vom 28.12.2001

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Ist die tatsächliche Wohnfläche einer Wohnung um mehr als 10 % kleiner als im Mietvertrag angegeben, so ist ein Mieter zur Mietminderung berechtigt.

Nach der bisherigen Rechtsprechung war eine Herabsetzung der Miete in der Regel nur dann möglich, wenn mietvertraglich eine bestimmte Wohnungsgröße ausdrücklich zugesichert wurde oder wenn eine Quadratmetermiete vereinbart bzw. der Berechnung zugrunde gelegt worden war.

Entscheidungsgründe: Das OLG Karlsruhe ist der Ansicht, dass es für einen Mietminderungsanspruch allein auf die Abweichung der Wohnfläche ankommt. Bei einer Abweichung von mehr als 10 % ist die gesamte Minderfläche bei der Berechnung der Mietminderung zu berücksichtigen.

Tipp: Lassen Sie sich bei Abschluss des Mietvertrags die Wohnfläche durch den Vermieter schriftlich bestätigen oder nehmen sie diese in den Mietvertrag auf.

XII. Kein „Recht zur Lüge“ bei Fragen nach Vorerkrankungen gegenüber Versicherung! Landgericht Coburg - Az.: 21 O 725/01 - Urteil vom 10.07.2002 – rechtskräftig!

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Hat der Versicherte bei Abschluss einer Berufsunfähigkeitsversicherung falsche Angaben über Vorerkrankungen gemacht, kann die Versicherung vom Vertrag wegen arglistiger Täuschung zurücktreten. Sogar Fragen nach einer früheren Fehlgeburt oder nach Depressionen sind wahrheitsgemäß zu beantworten.

Sachverhalt: Die Klägerin hatte im Antragsformular der beklagten Versicherung sowohl die Frage nach anormalen Schwangerschaftsverläufen als auch bezüglich früherer Depressionen mit „Nein“ beantwortet. Als die Klägerin später berufsunfähig wurde und Leistungen der Versicherung in Anspruch nehmen wollte, lehnte diese mit der Begründung ab, dass die Klägerin ihr wahrheitswidrig eine Fehlgeburt und eine therapeutische Behandlung wegen Depressionen verschwiegen hätte.

Entscheidungsgründe: Das LG Coburg wies die Klage gegen die Versicherung ab. Mit der Begründung, dass die Frage nach früheren anormalen Schwangerschaftsverläufen keinen schwerwiegenden Eingriff in die Intimsphäre der Klägerin darstellte, so dass diese ein „Recht zur Lüge“ hatte. Hätte die Klägerin die Fragen mit „Ja“ beantwortet, wäre angesichts der abstrakten Formulierung der Fragen nichts offenbar geworden, was ihren intimsten Persönlichkeitsbereich berührt hätte. Auch ihre früheren Depressionen hätte die Klägerin aufgrund 6-monatiger Behandlung der Versicherung anzeigen müssen. Die Versicherung hatte daher nach Ansicht der Richter das Recht, vom Vertrag wegen arglistiger Täuschung zurück zu treten.

Aus aller Welt:

USA: Versender von unerwünschten Werbefaxen soll 2,27 Billionen Euro Schadensersatz zahlen!

In Kalifornien haben Empfänger von unerwünschten Werbefaxen die Versender-Firma auf Schadenersatz in Höhe von umgerechnet **2,27 Billionen Euro!** verklagt. Eine entsprechende Sammelklage gegen die Firma Fax.com wurde bei einem Gericht in Mountain View (USA) eingereicht. Die Kläger halten eine Entschädigung von 1.500 Dollar für jedes unerwünschte Fax, das in den letzten vier Jahren verschickt wurde, für angemessen.

Die Fa. Fax.com versendet nach eigenen Angaben täglich drei Millionen Werbefaxe im Auftrag seiner Kunden.